

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 3.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 7. Februar 1903.

Geschäftsrate pro 3gepalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Einnahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinthorstr. 6.

12. Jahrg.

Die Versicherung des Gesundes!

Die Versicherungsgesetzgebung der Arbeiter für den Fall des Alters und der Invalidität, bei Unfall und für Krankheiten kommen bis zu einem gewissen Grade auch den von der Gesindeordnung betroffenen Personen zu gute, wenn man überhaupt von einer Güte dieser Gesetze sprechen kann. Indeß ist die Wirkung dieser Gesetze auf das Gesinde so verschiedenartig, daß eine kurze Zusammenstellung sich wohl lohnt.

Am einfachsten ist die Anwendung des Invalidenversicherungs-Gesetzes auf das Gesinde. Soweit dasselbe das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist es genau wie jeder gewerbliche Arbeiter zu versichern und hat gerade wie jeder gewerbliche Arbeiter unter den gleichen Voraussetzungen Anspruch auf Rente für den Fall der Invalidität bzw. auf Altersrente, wenn es das 70. Lebensjahr erreicht hat. Auch alle Schutzbestimmungen gegen den Mißbrauch der Quittungskarten gelten für das Gesinde so gut, wie für alle anderen Arbeiter. Ein näheres Eingehen an dieser Stelle auf die in Betracht kommenden Bestimmungen würde auf eine Besprechung des Invalidenversicherungsgesetzes überhaupt hinauslaufen.

Gegen Unfall ist das in der Landwirtschaft und in forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Gesinde auf Grund des Spezialgesetzes vom 30. Juni resp. 5. Juli 1900 versichert. Während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall hat in Verfolg des § 27 des genannten Gesetzes in Verbindung mit der sonstigen Gesetzgebung (Bürgerliches Gesetzbuch § 617, Gesindeordnungen) die Dienstherrschaft die Verpflichtung, für das Gesinde einzutreten. Sie hat namentlich nach § 86 der Preussischen Gesindeordnung, da der Unfall eine Krankheit darstellt, die sich der Dienstherr durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen hat, für dessen Kur und Pflegeleistung vollständig zu sorgen, ohne dafür etwa einen Lohnabzug machen zu dürfen. Ihrer Verpflichtung kann die Herrschaft allerdings auch dadurch nachkommen, daß sie den verletzten Dienstherrn in ein Krankenhaus auf ihre Kosten aufnehmen läßt. Kommt der Dienstherr seiner Verpflichtung nicht nach, so hat die Gemeinde des Wohnorts dem verletzten Gesinde die im § 6 Absatz 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes angegebenen Leistungen, nämlich ärztliche Hilfe, Arznei und andere Heilmittel, zu gewähren, die sie sich aber von dem Dienstherrn ersuchen lassen kann. Nach Ablauf der 13 Wochen hat für den verletzten Dienstherrn die zuständige landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft aufzukommen und zwar einmal, so weit möglich, für die Fortsetzung des Heilverfahrens, sowie für eine nach dem Grade der Beschädigung zu bemessende Rente, die in Prozenten der (66 2/3 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes betragenden) Vollrente auszusprechen ist. Ist der Unfall für den Verunglückten von tödlicher Wirkung, so erhalten Hinterbliebene die in dem Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft vorgesehenen Renten, wie überhaupt auch alle anderen Bestimmungen dieses Gesetzes für das hier schon näher bezeichnete verunglückte Gesinde in Frage kommen.

Für die nicht als Gesinde anzusehenden, landwirtschaftlichen Dienste verrichtenden Arbeiter — als Tagelöhner, Einlieger, Insilente, Scharwerker, Erntearbeiter, Sachengänger, Rübenarbeiter, Schnitter — kommen die Bestimmungen des genannten Unfallversicherungsgesetzes in der eben angegebenen Weise von der 14. Woche nach dem Unfall in Betracht, während die Fürsorge während der ersten 13 Wochen nach § 27 dieses Gesetzes in dem schon angegebenen Umfang des § 6 Absatz 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes der Gemeinde zufällt, in deren Bezirk die Beschäftigung, bei welcher der Unfall vorgefallen ist, stattgefunden hat. Wohnort der Verletzten in einer anderen Gemeinde, so hat diese die erwähnten Leistungen zunächst zu gewähren, sich dieselben aber von der vorher erwähnten Gemeinde erstatten zu lassen.

Insofern Gesinde weder der Landwirtschaft angehört, noch den Unfall bei einer vorübergehenden landwirtschaftlichen Tätigkeit für den Dienstherrn erlitten hat, also im Wesentlichen als städtisches Gesinde anzusehen ist, ist es gegen Unfall in der Regel nicht versichert und hat daher auch keinen Anspruch irgend welcher Art nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfall. Ein Anspruch wird für solches Gesinde von der 14. Woche nach dem Unfall ab im

Sinne des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni bzw. 5. Juli 1900 nur dann zu gewinnen sein, wenn es für einen seiner Herrschaft unterstellten versicherungspflichtigen Betrieb — wenn auch nicht regelmäßig — beschäftigt wurde und bei einer solchen gelegentlichen Beschäftigung den Unfall erlitten hat. Nehmen wir also einmal an, daß der Besitzer einer kleineren versicherungspflichtigen Brauerei des Oestere von seinem Dienstmädchen Räume oder Gefäße der Brauerei reinigen läßt, wenn auch vielleicht nur in Unterstüßung des in der Brauerei befindlichen Personals, daß das Mädchen auf dem über den Hof zu nehmenden Wege von der Küche nach den Brauereiräumen einmal über einen Stein fällt und sich dabei eine länger wie 13 Wochen dauernde, die Erwerbsfähigkeit beschränkende Verletzung zuzieht: Das Mädchen hat Anspruch an die Brauerei-Berufsgenossenschaft auf Gewährung der für gewerbliche Arbeiter vorgesehenen Leistungen, ganz gleichgültig, ob der Dienstherr sie versichert hatte oder das unterlassen hat; die zwischen ihrem Dienstherrn und der Berufsgenossenschaft erfolgende Auseinandersetzung berührt das Dienstmädchen nicht.

Für die ersten 13 Wochen nach einem Unfall gilt für das städtische Gesinde das, was hier folgend in Bezug auf die Krankenversicherung ausgeführt ist.

Wird häusliches Gesinde in einem Umfange, wie vorstehend angegeben, zur gelegentlichen Mitwirkung in dem von der Herrschaft beeinflussten Betriebe herangezogen, so ist es ohne Ausnahme bei der für den Betrieb in Betracht kommenden Krankentasse zu versichern. Für den Fall der Erkrankung, gleichgültig, ob dieselbe auf einen Unfall oder auf eine andere mit dem Betrieb oder dem häuslichen Dienst zusammenhängende oder nichtzusammenhängende Ursache zurückzuführen ist, hat die Krankentasse nicht die oben mehrfach erwähnten Leistungen, sondern auch das für die anderen Mitglieder statutenmäßig festgesetzte bzw. gesetzlich geregelte Krankengeld zu gewähren. Wenn nicht eine Krankentasse, sondern die Gemeindeversicherung für erkranktes Gesinde einzutreten hat, so erhält dasselbe außer den mehrfach erwähnten Heilkosten ein Krankengeld, welches mindestens der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner bzw. Tagelöhnerinnen gleich kommt. Auch alle übrigen für gewerbliche Arbeiter in Betracht kommenden gesetzlichen bzw. statutarischen Bestimmungen kommen für so versicherte verunglückte oder erkrankte Dienstherrn in Betracht. Diese Ansprüche haben diese Dienstherrn selbst dann gegenüber den betreffenden Klassen, wenn die Herrschaft ihre Versicherungspflicht veräußert hat; es bleibt den Klassen überlassen, sich mit einer solchen Herrschaft nachträglich auseinanderzusetzen.

Wo eine derartige Verpflichtung des Dienstherrn nicht in Frage kommt, liegt weder ihm noch dem Dienstherrn eine Versicherungspflicht ob, noch braucht eine Pflichtkrankentasse einen solchen Dienstherrn aufzunehmen. Einzig und allein die Gemeindeversicherung ist auf Antrag des in ihrem Bezirk wohnenden Dienstherrn oder des in ihrem Bezirk beschäftigten Gesindes (event. nach vorgängiger Untersuchung) zur Versicherung desselben für den Krankheitsfall verpflichtet und hat eventuell die oben erwähnten haaren und anderen Leistungen zu gewähren, also auch, wenn das versicherte Gesinde einen Unfall erleidet bei Gelegenheit oder außerhalb des Dienstes. Ist die Versicherung in Ermangelung eines Besseren auch da, wo sie nicht vorgeschrieben ist, dem Gesinde wie der Dienstherrschafft sehr zu empfehlen, so wird leider von ihr fast gar kein Gebrauch gemacht, weil ihre Einrichtung auf beiden Seiten so gut wie unbekannt ist. So kommt es, daß, wo keiner der vorstehend erörterten Fälle vorliegt, im Krankheitsfälle Streitigkeiten über die Anwendung der verschiedenen in Frage kommenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der zahlreichen landesgesetzlichen Gesindeordnungen entstehen.

Was die Kostenverteilung bei Versicherung anbelangt, so fallen die Beiträge für die Invaliditäts- und Altersversicherung, je zur Hälfte dem Dienstherrn und dem Gesinde, bei Krankenversicherung zu zwei Dritteln dem Gesinde und zu einem Drittel der Herrschaft zur Last, wenn eine Versicherungspflicht vorliegt oder wenn bei freiwilliger Versicherung das Gesinde mit derselben einverstanden ist. Hat der Dienstherr freiwillig, doch ohne den Willen des Gesindes, dasselbe versichert, so trägt er die Kosten der Ver-

sicherung allein. Die Kosten der Unfallversicherung, wo immer dieselbe für das Gesinde in Frage kommt, trägt einzig und allein der Dienstherr.

Wie ersichtlich, ist das Gesinde zu einem sehr erheblichen Theile in Bezug auf die Versicherung noch schlechter gestellt, wie der gewerbliche Arbeiter, der ja auch die Rücken und Härten dieser schon schwer genug empfinden muß. Es muß daher gefordert werden, daß, wie das Gesinde in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Beziehung dem gewerblichen Arbeiter gleichzustellen sei, es auch in Bezug auf die Versicherungsgesetzgebung mit dem Arbeiter völlig gleich gestellt werde. Diesen Forderungen Geltung zu verschaffen, ist das Gesinde bei seiner gedrückten öffentlich-rechtlichen Stellung selbst nicht in der Lage, es muß sich daher seiner in der einen wie in der anderen Hinsicht das gewerbliche Proletariat annehmen, das ja mit ihm eines und desselben Blutes ist. Und diese heilige Aufgabe hat das klassenbewusste Proletariat erkannt, und in Wort und Schrift, auch durch die Thal in den gesetzgebenden Körpern haben seine Vertreter bei der Lösung dieser Aufgaben gewirkt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nach einer Zusammenstellung des „Deutschen Oekonomist“ über die Gründungs- und Emissionstätigkeit in Deutschland ist 1902 in der Gründung neuer Aktiengesellschaften der tiefste Stand seit dem Jahre 1885 eingetreten — wenigstens in der Zahl der Unternehmungen; in der Summe des Aktienkapitals stehen die Jahre 1893 und 1894 bereits tiefer. Es entstanden im Jahre 1892 nur 87 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 118,43 Mill. Mk., gegen 158 Gesellschaften mit 158,26 Mill. Mk. — 261 mit 340,46 Mill. Mk. — und 364 Gesellschaften mit 544,39 Mill. Mk. Kapital in den drei vorangegangenen Jahren. Scheinbar etwas günstiger als im Jahre 1901 nehmen sich die Ziffern über die Ausgabe neuer Aktien seitens älterer, bereits bestehender Betriebe aus. Hier bleibt die Ziffer 184,47 Mill. Mk. zwar tief unter dem Jahre 1900 (461,06 Mill. Mk.), doch immer noch etwas über 1901 (164,28 Mill. Mk.). Indeß haben davon viel größere Beträge als sonst zur Rekonstruktion, nicht etwa zur Erweiterung und zur Steigerung der Produktionsfähigkeit der alten Betriebe gedient: da die laufenden Einnahmen den geschäftlichen Ansprüchen nicht mehr genügen, so hat man neues Kapital eingeworfen, in der Hoffnung, dadurch die schlechte Zeit überleben und aus einer besseren Zukunft die jetzigen Einbußen wieder decken zu können. Das Steigen dieser Ziffer ist also eher ein Anzeichen der kritischeren Lage, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß man im Verhältnis zu den Aktien ungemein viel Industrie-Obligationen ausgeben hat: an Stelle neuen Kapitals der Betriebshaber (der Aktionäre) hat sich die Kapitalvermehrung der Gläubiger, die Erhöhung der Schuldenlast gefügt. Seit dem Beginn der Krisis im Jahre 1900 sehen wir diesen Entwicklungsprozess vor sich gehen. Die Emission von Industrie-Obligationen betrug nämlich:

1899	74,02	Mill. Mk.
1900	178,77	„
1901	193,29	„
1902	158,10	„

Daß man unter der ersten Panik dieses Verlegenheits-Auslastungsmittel am stärksten zur Anwendung brachte, ist ganz erklärlich. Umso mehr erscheint das Jahr 1902 noch immer recht bedenklich.

Auch die amtlichen Nachweise über den deutschen Außenhandel im Jahre 1902 liegen soeben in ihrer provisorischen Gestalt vor und sind einer kurzen Hervorhebung werth.

Die Einfuhr ist darnach weiter zurückgegangen, nachdem schon 1901 einen Abfall gegen das Vorjahr gezeigt hatte. In Tonnen zu 1000 Kilogramm belief sich die Einfuhr:

	1902 auf	1902 mehr
	43 340 340	—
	1901	+ 964 517
	1900	+ 2 571 459

Schlüsse hieraus zu ziehen, ist ungemein schwierig, da Einfuhr aus den aller verschiedenartigsten Gründen abnehmen können: weil die Inlandsproduktion eine stärkere war, weil die Auslandsproduktion versagte, weil ein abnormer Auslandsbedarf die Zufuhren zurückhielt, weil die Preisbewegung im Auslande mehr nach oben verlief u. s. f. Aber vor Allem spiegelt sich in den Ziffern auch die Bewegung des Inlandsbedarfes wieder: der Niedergang des persönlichen Konsums der Massen neben dem Rückgang des produktiven Verbrauchs von Erzen, Rohstoffen, Halbfabrikaten in unseren Gewerben. So sind die starken Ausfälle bei Holz, Erden, Erzen, Eisenerz und Eisenwaaren, Kohlen allerdings ein Zeichen der kritischen Zeit.

Bei den Ausfuhr ist noch größere Vorsicht geboten. Die Werthziffern der deutschen Statistik sind überhaupt ganz unbrauchbar, da sie noch auf den 1901 (1) festgestellten Einheitswert beruhen. Es ist gewiß sehr schwierig, einem beweglichen und vielfältigen Verkehr rasch statistisch zu folgen, ohne die Gefahr neuer Fehlerquellen zu wagen. Doch ist hier der deutsche bürokratische Apparat allzu schwerfällig und hinter anderen Staaten zurückgeblieben. Schließlich ist man bei uns dahin gekommen, die Werthziffern zwar zu veröffentlichen, ihnen jedoch gleich eine Warnung vor ihrem Gebrauch mit auf den Weg zu geben. Hoffentlich bleibt die versprochene Reform der Handelsstatistik nicht lange mehr aus.

Halten wir uns an die Mengen der Ausfuhr, so zeigt sich eine stätliche Steigerung. Die Ausfuhr betrug:

1902	35 029 717 Tonnen
1901	32 863 495
1900	32 681 747

also im Jahre 1902 2 1/2 und 2 1/2 Millionen Tonnen mehr als in den Vorjahren. Ein ansehnlicher Teil dieser Ausfuhr ist selbstverständlich durchaus normal; abnorm war hier eher die frühere starke Zurückhaltung im Export zu nennen, als die Preistreiberei im Inland die deutschen Waaren selbst allgewohnliche Absatzstände nach dem Ausland nicht mehr auffuchen ließ; die Wiederaufnahme dieser Beziehungen ist nur ein Zeichen der Rückkehr zu ständigeren Verhältnissen. Abnorm ist es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft auch nicht, wenn bereits und Ueberproduktionen in Amerika oder in Frankreich eine außerordentliche Nachfrage für Eisen und für Kohle schaffen und die deutsche Produktion solche Mägen ausfüllt — aber solche Gelegenheiten sind ganz vorübergehend; sie sind höchstens als zufälliger Gewinn eines Glückspiels, nicht als regelmäßiger andauernder Zugang zu buchen. Die dritte Art der Ausfuhrsteigerung ist jedoch lediglich ein Zeichen der eigenen Krankheit, wie der aus allen Werten hervorstechende Anstieg des Eisenerzes; diese Ausfuhr um jeden Preis verschlingt sogar bis zu einem gewissen Grade die Krankheit, weil sie die Antriebskräfte mit billigeren Kohlen und Rohmaterialien versorgt und entsprechend den Absatz der deutschen Güterfabrikate und Fabrikate untergräbt. Wie weit jedoch in der Statistik diese drei Faktoren sich ausprägen, wer wollte darüber ohne die eingehendste Vergleichung des Stoffes ein Urteil wagen? Wenn jedoch gerade die Ausfuhr von Kohlen, Eisen und Eisenerzen, Erden, Erzen, Spiritus, Holzgüter, Papier, Rohwaren stärker zugenommen hat, so ist bei den meisten dieser Produkte die Verschleuderung ins Ausland längst bekannt. Industrielle und Exportierer gleichen sich hier auf Haar. Wenn z. B. Spiritus in Fässern nach dem Ausland ging: 1900 142 681 Doppelzentner, 1901 155 672, 1902 313 502 Doppelzentner, oder dem Werte nach für 3,5 — 3,2 und 6,5 Millionen Mark — so weiß Jedermann, daß man den hochgehaltenen Inlandspreis zur Subvention der Ausfuhr benutzt. Das Gleiche gilt vom Zucker, wenigstens bis zum 1. September 1902, wo die Brüsseler Konvention die staatlichen Präzisen aufheben würde, falls bis zum 1. Februar alle Verträge sich endgültig für Annahme entschieden haben. Sollte der fortbestehende Zuckersoll auch weiter die Rationierung ermöglichen, so würden selbst nach dem 1. September nach Ausfuhrzuschüsse privater Art denkbar sein.

Auf jeden Fall beweist die Handelsstatistik für 1902 von Neuem, wie verheerend es ist, aus einem Rückgang der Einfuhr und einer Zunahme der Ausfuhr auf das zunehmende wirtschaftliche Schicksal eines Landes schließen zu wollen.

Ein vielfach geradezu verblüffendes Ergebnis ergab die Jahresermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Im deutschen Reich (einschließlich Luxemburgs) wurden danach an Roheisen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1902 produziert 8 402 660 Tonnen gegen 7 785 857 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das verfließene Jahr schließt sonach mit einer Mehrproduktion von über 600 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Es hat auch die Produktion von 1899 (8 143 Mill. Tonnen) noch beträchtlich überflügelt und wird nur von derjenigen des Jahres 1900 (8 520 Mill. Tonnen), als der bisher höchsten Ziffer, übertroffen. Daß die Produktion des abgelaufenen Jahres diese Höhe erreichen würde — lassen wir in der Britenwiedergabe — hat zu Anfang desselben kaum Jemand vermuthet. Die ersten Monate zeigten auch noch keine nennenswerthen Steigerungen auf. Um die Mitte des Jahres traten jedoch beträchtliche Produktionserschütterungen ein, und der Dezember hat die bisher überhaupt höchste Produktion aufzuweisen.

Man wird hier noch nähere Angaben abwarten müssen. Schon die deutsche Handelsstatistik giebt indes einen theilweisen Aufschluß über dieses Resultat, das all den gewöhnlichen Keilenschilderungen widerspricht. Die Einfuhr von Roheisen ist nämlich, zweifellos in Folge des schlimmen Preisverhältnisses in Deutschland gegenüber günstigerer Preisbewegung in England und Amerika, rapid gesunken; die Ausfuhr auf der anderen Seite hat man mit allen Mitteln forciert; so ist der Spielraum der Produktion trotz des zusammenhängenden Inlandsbedarfes demnach ein günstigerer geblieben, als man vermuthen konnte. Es betrug nämlich

die Einfuhr	die Ausfuhr
1900 726 712 Tonnen	129 409 Tonnen
1901 267 503	150 447
1902 143 040	347 256

Die Mehrproduktion von 600 000 Tonnen wäre danach schon so ziemlich verbraucht um den Anfall der Einfuhr auszugleichen. Dazu kommen über 200 000 Tonnen, die ins Ausland nicht abgefließen sind; mindestens um gleichviel wäre also der Inlandsbedarf demnach zurückgegangen. Wie mag sich nun aber weiter das Verhältnis der aufgesammelten, nicht untergeordneten Vorräthe gestaltet haben? Wie stellt sich heute die Produktion zur Verfügungsfähigkeit der Werke?

Stills bleibt also auch hier Kritik, wenn auch Niemand eine so große Stagnation der kapitalistischen Produktion, eine solche Stagnation, sich in der Roth zu helfen und Schlägen auszuweichen, voraussetzen konnte.

Die Kohlenproduktion, deren Jahresstatistik nunmehr ebenfalls veröffentlicht ist, bietet zwar viele ähnliche Züge wie die Eisenerzeugung, doch das abschließende Ergebnis war wesentlich unglücklicher. Schreiben wir uns der Handelsstatistik die Steinmenge heraus, so sank die Einfuhr und stieg die Ausfuhr in folgender Weise:

Einfuhr	Ausfuhr
1900 7 284 049 Tonnen	15 275 805 Tonnen
1901 6 297 389	15 268 267
1902 6 425 638	16 101 141

Das würde in Folge Verkügens der Einfuhr und höherer Anpreisung der Ausfuhr einen Mehrbedarf von etwa 1,78 Mill. Tonnen gegen 1900 ergeben. Die Steinkohlenproduktion ging jedoch nicht von 104 293 Mill. Tonnen im Jahre 1900 auf nicht ganz 107,44 Mill. Tonnen im Jahre 1902. Der Anfall im Inlandsbedarf blieb demnach ein ganz beträchtlicher.

Daß die Roth* krankheit, zeigt neben der fortwährenden Ausfuhr von Eisen, auch die wachsende Ausfuhr von Weizen; die Auswanderung hier ist der Jahresabgang ein überaus hoher. Es verbleiben Deutsche aus:

über Hamburg	über Bremen	zusammen
1897 8 802	9 559	18 361
1898 8 360	8 977	17 337
1899 11 196	8 968	20 164
1900 12 264	9 073	21 337
1901 13 254	9 143	22 497
1902 17 624	13 660	31 284

Die englische Eisenindustrie zeigt eine ganz ähnliche Entwicklung im Dezember eines Rückgang der Beschäftigung (gegen den Dezember des Vorjahres) in der Eisen- und Stahlproduktion, im Maschinen- und Schiffbau; dagegen habe sich der Bergbau, und in den Kapital-Industrien habe sich sogar wachsende gezeigt.

Von den 24 erwerbsfähigen Trade Unions mit 202 415 Mitgliedern waren im Dezember 5,5 Prozent (30 302) arbeitslos, gegen 4,3 Proz. im Dezember 1902 und 4,6 Proz. im Dezember 1901. Die Bewegung ging demnach zuletzt in günstigere Verhältnisse über.

Der schwarze Fuchs von Biberach.

Im „Biberacher Amtsblatt“ unternimmt ein X. Y. die Bekämpfung unseres Verbandes. Er schreibt:

Warnung an alle Frauen und Mädchen, die eine Fabrik besuchen.

Was wir bereits früher einmal andeuteten, daß die Sozialdemokratie auch in der oberschwäbischen Frauenwelt Anhängerinnen suchen werde, ist bereits zur Thatsache geworden. Zur Zeit werden hiesige Fabrikarbeiterinnen von sozialistischer Seite bearbeitet, dem „Verband der Fabrik-, Band- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ beizutreten. Die „Kolleginnen und Arbeitsschwester“ erhalten eine gedruckte Einladung, in welcher das Arbeiterinnenmühen und die Ausbeutung seitens der Unternehmer durch Lohnabzug, Strafenverhängen, Längerarbeitenlassen in den grellsten Farben geschildert und jenen Arbeiterinnen, die sich dem genannten Verbands angeschlossen, die verlockendsten Aussichten gemacht werden, nämlich höherer Lohn, kürzere Arbeitszeit, Unterstützung gemäßigter Mitglieder, Reiseunterstützungen, unentgeltliche Beförderung des Verbandsorgans „Der Proletarier“ und dergl. — Wenn Arbeiterinnen zur Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Förderung ihrer sozialen Lage sich zu Vereinen und Verbänden zusammenschließen, so werden wir, die wir das freie Pressionsrecht des Arbeiterstandes stets verteidigen, an und für sich nicht das Geringste dagegen einwenden. Aber gleichwohl möchten wir vor dem „Verband der Fabrik-, Band- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ alle christlich gesinnten Fabrikarbeiterinnen allen Ernstes warnen. Denn dieser Verband ist ein durchaus sozialdemokratisches Unternehmen und das Verbandsorgan „Der Proletarier“ dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und Ziele. Mag der Verband den Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen noch so sehr betonen, die Frage kann das Waisen nicht lassen. Der Sozialdemokratie ist die Religion nicht bloß Privatangelegenheit, sondern eine Sache, die sie aufs heftigste bekämpft. Wir wissen aus Erfahrung, daß gerade in diesen scheinbar neutralen Verbänden sehr oft religiöse Fragen in religionsfeindlichem Sinne behandelt werden. Darum christliche Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen, laßt Euch nicht täuschen! Unter dem Deckmantel der Förderung Eurer Standesinteressen sucht man Euch ins sozialistische Lager, wo die Religionslosigkeit oberster Grundsatz ist, hindern zu ziehen. Christliche Eltern, verbietet Euren Töchtern, einem solchen Verbands sich anzuschließen. Die Augen auf! Den Geldbeutel zu! Der rothe Fuchs geht um!

Der „Christliche“ Mann fühlt sich verpflichtet, vor sich auf Andere zu schließen. Weil die christlichen Gewerkschaften gegründet sind, um die Politik des Zentrums zu stützen, der Zentrumspartei Schlepperdienste zu leisten, deshalb kann der Einsender es sich nicht vorstellen, daß andere Verbände sich an der Förderung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter genügen lassen können.

Diese Leute gehen an, das Koalitionsrecht der Arbeiter stets zu verteidigen. Dafür sind sie bislang den Beweis schuldig geblieben. Bei der Stärke des Einflusses derjenigen Partei, welcher der Einsender angehört, im Reichstage und verschiedenen Landtagen, müßte es anders um das Koalitionsrecht aussehen, wenn es mit dieser Behauptung Ernst wäre. Die Herren sind Vertheidiger des Koalitionsrechts, so lange die Arbeiter keinen Gebrauch von letzterem machen. Benutzen sie jedoch die Waffe der Vereinigung, dann erschweigen die frommen Herren auf dem Platte, um die Arbeiter unter dem Vorwande, die Religion sei gefährdet, auseinander zu hegen, sie zu entzweien. Dabei blüht der Weizen der Unternehmer. Um die Verheerung der Arbeiter vollbringen zu können, wird unsere Organisation als „ein durchaus sozialdemokratisches Unternehmen“ bezeichnet und vom „Proletarier“ behauptet, er diene der Verbreitung sozialistischer Ideen und Ziele. Beide Behauptungen sind Unwahrheiten! Als Entschuldigung dient für den Einsender nur der Umstand, daß er nachplappert, was Andere vor ihm schon behauptet haben. Aus der Thätigkeit des Verbandes, aus dem Inhalt unseres Blattes kann er nicht eine einzige seiner Behauptungen beweisen. Er wird auch mit seiner Warnung vor unserem Verbands bei allen denen kein Glück haben, die noch nicht verlernt haben, selbstständig zu denken.

„Manierliche“ und „zuborkommende“ Arbeiter.

Der moderne Kapitalist ist ein Glückspilz. Unter seinen Händen schlägt Alles zu seinem Vortheil aus. In Zeiten der Prosperität häuft er den von seinen Arbeitenden geschaffenen Reichtum in Hüfen an und kommt dann eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges, so hat er sein Schicksal im Voraus und kann ruhig auf bessere Zeiten warten, während „keine“ Arbeiter, die in der besten Zeit nur den schwachen Lohn empfangen, in Roth und verheerter Abhängigkeit vom Kapitalisten gerathen, wodurch letzterer eine noch intensiveren Ausnutzung der Arbeitskraft ermöglicht wird.

Ein letzteres Beispiel hierfür liefert den Arbeitern der vor Kurzem erschienenen Jahresbericht der Handelskammer in Biberach. Aus demselben läßt sich auf jeder Seite und aus den meisten Paragraphen klagen über schlechten Geschäftsgang entgegen. Nur wenige, darunter die Seidenweberei, waren von Prosperität begünstigt. Jedoch beschränken sich die meisten Klagen auf Verarmung des Arbeiterstandes, nicht auf

direkte Verluste; nur ein Stuttgarter Fabrikant der Textilbranche berichtet, daß er zu den Geschäftskosten noch „mehrere Tausend Mark zulegen mußte“. Er wird es wohl gehäht haben.

Am schlimmsten war das Berichtsjahr für die Textilindustrie. „Im Ganzen“, sagt der Bericht der Stuttgarter Kammer, „werden nur wenige Gewerbetreibende der Textilindustrie mit Vergnügen an dieses Jahr zu denken.“ Das klingt sehr resigniert, aber die Besonnenheit magen sich trösten, denn die Krise hat eine Erleichterung zu Tage gefördert, die sie in Zukunft reichen Gewinn erhoffen läßt, sie hat ein Ueberangebot von Arbeitskräften, das heißt, blühende Arbeiterhände zur Folge gehabt.

Billige Arbeitskraft, das ist ja die Sehnsucht aller Kapitalisten, und darum schäht sich die Stuttgarter Handelskammer glücklich, aus einem Betriebe berichten zu können: „An Arbeitern war im letzten Jahre kein Mangel, und man konnte in dieser Richtung hier eine Besserung insofern spüren, als die Leute wieder etwas ununterstützter wurden, als sie zur Zeit der Arbeitsnoth gewesen waren.“

Die Arbeiter sind mancherlei geworden, das heißt, sie wissen sich mehr als bisher zu helfen, schlechte Verhandlungen etwa ruhig über sich ergehen lassen. Angesichts der mannigfachen Thatsachen, die beweisen, daß Fabrikfeindlichkeit immer brutaler auftritt, ist es auch kein Wunder, wenn die Organisationsen einen schweren Standpunkt haben und es zeigt sich besonders gegenwärtig, daß es ganz falsch ist, wenn sie und da gesagt wird: „Es muß noch viel schlechter kommen, sollen die der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Arbeiter anwachsen.“ Ganz das Gegentheil ist der Fall, je mehr die Arbeiter gedrückt und verelendet sind, desto weniger taugen sie zur Befreiungsarbeit.

Von der Arbeiterbewegung sagt der Bericht der Stuttgarter Kammer über die Lage der Arbeiter in dieser Branche: Die Arbeitsverhältnisse, welche in den letzten Jahren beinahe unmerklich geworden, haben sich gebessert. Das Verhalten der Arbeiter ist zuvorkommender geworden und der Fiskus hat wesentlich gewonnen. Mit Rücksicht hierauf wurde trotz der schlechten Geschäftslage von einer Lohnreduktion abgesehen. Die gabig! Wie faul und wie gelangweilt müssen diese Arbeiter gewesen sein! Gottlob, daß das anders geworden. Jetzt können die Fabrikanten ihre Ansprüche anproben, die Arbeiter noch mehr zu zwingen, „Reißiger“ zu sein, d. h. den letzten Rest an Arbeitskraft aus ihnen herauszupressen. Der Arbeiter muß ja schweigen, sowie er wagt, droht ihm Entlassung, zu Hause hat er Weib und Kinder und vor dem Fabrikthore lauern andere hungerige Arbeiter auf seine Stelle. Da heißt es eben sich bücken und auf bessere Zeiten warten. Der Hunger der Kapitalisten nach billigeren Arbeitskräften geht auch aus dem Bericht der Stuttgarter Kammer über die Seidenstoffweberei deutlich hervor. In dieser Beziehung schreit Waldbingen ein Eldorado für Kapitalisten zu sein. Der Bericht sagt nämlich, daß für die Seidenstoffweberei der Geschäftsgang ein erfreulicher war, dann läßt er die Direktion dieser Fabrik in Waldbingen folgendes berichten:

Für unsere neu eingerichteten circa 225 Webstühle fanden sich die Arbeiter nur langsam, da die Vermehrung unserer Arbeiterzahl in der Hauptfrage nur im Frühjahr sich bemerkbar machte, nur junge, der Schule entlassene Knaben und Mädchen als Lehrlinge eingestellt werden. Da diese sich meist aus dem Banern, Weinbauern und Handwerkerstand der hiesigen Stadt und umliegenden Dörfer rekrutieren, also ortsanfässige Leute sind, haben wir mit Arbeitermangel nichts zu thun, zumal wir die gewöhnlichen Arbeitszeit eingehalten haben, Sonntags nie arbeiten lassen! (Wohlgemuth!) und gemeistlich überarbeiten haben, bei der die Arbeiter sich gut stellen. — Ueber das Letztere, wie gut sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dort stellen, mögen folgende Zahlen Aufschluß geben. Schreiber dieses hatte kürzlich Gelegenheit, einige Lohnbücher einzusehen und fand die Löhne von 7,90, 11 und 13 Mt. Ein oder zweimal in einem halben Jahre läßt man einzelne Arbeiter einen höheren Lohn verdienen, um die Unzufriedenheit nicht aufkommen zu lassen. Deshalb findet man auch einmal Löhne von 17, 24 und 27 Mark. Dies sind die guten Löhne, dies die Summen, die bei dreizehn Arbeitstagen verdient werden. Es ist ja am 1, 15. und 30. jeden Monats Sonntag. Was uns an diesem Bericht am meisten interessiert, ist die Eier nach jugendlicher Arbeitskraft. Männen, selbst Frauenarbeit ist zu teuer, kaum der Schule entlassene Knaben und Mädchen sind billiger und lassen mehr Profit erwarten, sie lassen auch keinen Streik befürchten, wenigstens nicht für die nächsten Jahre. Der Weizen der Waldbinger Seidenbarone kann also blühen. Was uns aus diesem Bericht der Waldbinger Seidenfabrik weiter interessiert, das ist der Umstand, daß er zeigt, wie der Weinbauern-, Banern- und Handwerkerstand proletarisiert wird. Seine Söhne und Töchter wandern immer mehr in die Fabrik, mit dem Woffzug und einem Stück Brot besahen, eilen sie am Morgen den Industriekontoren zu, um am Nachmittag mit einem kargen Lohne nach Hause zu kommen und das vaterliche Heimweilen vor dem Untergange zu retten, bis auch das nicht mehr hilft. So zieht der Kapitalismus nach und nach die ländliche Bevölkerung in seine Polypennetze, verelendet sie und bereitet so den Boden für unsere Befreiung. Daß in der Weite mehrerer erwähnten Fabrik alle Mittel angewandt werden um die Arbeiter niederzujagen und die Vertheilung über dieselben unangenehm zu behalten zu können, zeigt folgender Fall: Am 15. Dezember wurde eine Fabrikversammlung einberufen. Schreiber dieses verteilte selbst die Einladungen hierzu, und zwar am Mittag. Bereits um 1/2 Uhr waren unsere drei Verbandskollegen, die im Betriebe arbeiteten, mit ihrer Entlassung versehen! Und vor einigen Tagen wurde ein weiterer Kollege, der in besagter Versammlung eingetreten war, gemahnt. Auf diese Art will man die Arbeiter einschüchtern, um alle vorhandenen Mißstände neben dem überaus traurigen Lohnsystem aufrecht zu erhalten. Ob dies auf die Dauer gelingt, ist sehr zu bezweifeln. Auch in Waldbingen beginnt es zu kagen. Durch unermüdliche Arbeit wird es auch hier gelingen, andere, bessere Verhältnisse zu schaffen.

A. M. S. C. R.

Soziale Mundschau.

— Ein glänzendes Zeugniß und doch entlassen. In Kolberg erhielt ein Verbandsgenosse um die Jahreswende keine Entlassung. Der Arbeitgeber stellte ihm folgendes Zeugniß aus:

Herr S. E. war 7 1/2 Jahre, und zwar vom 19. Juli 1895 bis 1. Januar 1903 in meinem Möbel- und Exportgeschäft thätig. Während seiner langjährigen Thätigkeit bei mir war Herr E. stets bemüht, die Interessen des Geschäftes wahrzunehmen und vor allen Dingen seinen Pflichten in jeder Hinsicht nachzukommen. Daß dieses demselben vollständig gelungen war, beweist die lange Dauer, während welcher Herr E. in meinem Geschäft weilte.

Der Austritt aus dem Geschäft veranlaßte Herr E. durch seine soziale Agitation selbst, indem er nicht zu bezagen war, aus dem Verbands auszuscheiden; da jedoch schließlich mir mein Geschäft näher stand als Herr E., ist dies lediglich der Grund, weshalb ich Herrn E. entlassen mußte. — — —

H. Götz, Kolberg, I. Pfannschmiede Str. 26.

Herr Holz hat sich schließlich fremden Einflüssen beugen müssen. Die Kolberger Kapitalprogen waren es, die ihn unter Androhung der Entziehung ihrer Aufträge zwingen, eine Arbeitskraft zu entlassen, die er aus freier Entschliessung nicht entlassen hätte. Wer knechtet und terrorisiert?

Vom sozialen Kampfplatze.

In Köln-Chrenfeld ist der Streik bei der Firma Post seit Sonnabend, den 24. Januar, zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Der ehemalige Vertrauensmann unseres Verbandes in Anderten, der Arbeiter Alfred Wolf, ist rasch von der Remesse erreicht worden. Er stand am 20. Januar bis 28. vor der Strafkammer II in Hannover, um sich gegen die erfolgte Anklage zu verantworten. Die Frevelt hat, daß er uns 29,65 Mk. und der Lokalkasse 39,55 Mk., also im Ganzen 69,20 Mk. unterschlagen, büßt er nun mit vier Monaten Gefängnis. Der Bestrafte lag uns und den mit ihm Umgang habenden Freunden vor, er sei im Besitze eines Vermögens von 7500 Mk. Dieses Bürgengewebe konnten wir aber sehr bald zerreißen.

In Neuhaßelndorf hatte der ehemalige erste Bevollmächtigte Wotfo Schmelzer die bedeutende Unterstützung, die wir ihm in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis, entstanden durch Maßregelung, gewährt haben, uns damit vergolten, daß er Verbandskasse, Lokalkasse und die Kasse des Gewerkschaftskartells schädigte. Wir waren, soweit die Verbandskasse in Frage kommt, mit 131,69 Mk. leidtragend. Der Bestrafte fand milde Richter, die eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen als ausreichende Sühne erachteten.

Die meisten Unterschlagungen werden dadurch erleichtert, daß entgegen den Bestimmungen unseres Statuts der erste Bevollmächtigte mit den Kassengeschäften betraut wird, obwohl er mit zum Revisionsapparat gehören soll. Dadurch daß der zweite Bevollmächtigte Gelder zur Absendung an den Verbandskassierer aushändigt oder der erste Bevollmächtigte selbst Kassengeschäfte besorgt, können sehr leicht pünktliche Revisionen verhindert oder erschwert werden, und Kassenunterschiede werden erleichtert. Daher sollten die ersten Bevollmächtigten es alle ablehnen, sich mit den Kassengeschäften zu befassen, dafür aber für eine zeitliche und wirksame Kasserevision und für pünktliche Abrechnungen sorgen.

Agitation in Oldenburg und Bremen.

Im Auftrage des Bauvorstandes für den Bau 18 unternehmen Einbeunterzeichnete eine Agitationstour durch eine Reihe zum Bau gehörender Verbandsorte.

Die erste Versammlung, die in Dreyer's Volksgarten in Bremen in der Nacht vom 20. zum 21. Januar stattfand, wurde von etwa 500-600 Personen besucht. Mit vorzüglicher Aufmerksamkeit folgten die Erscheinenden dem Referat über: „Der Sozialtarif und die Gewerkschaften“. In der Versammlung wurden nicht viele Aufnahmen erzielt, jedoch erhoffen unsere Kollegen einen um so größeren Erfolg, gewissermaßen als Nachwirkung der Versammlung, von einer demnächst vorzunehmenden Hausagitation.

Ebenfalls sehr gut besucht war die Versammlung in Woltmershausen. Hier sah sich der größere Teil unserer Mitglieder aus Mäskern und Plätterinnen zusammen. Scharfe Kritik ward geübt an dem Vorgehen des einen Mäskereibesizers, der seinen Arbeiterinnen bei Strafe der Entlassung den Besuch der Versammlung verboten hatte. Der Herr weiß eben ganz genau, wenn die Arbeiterinnen einig sind, ist es aus mit der maßlosen Ausbeutung, dann kann er seine Plätterinnen nicht beschuldigen bei einem Tagelohn von 80 Pf. bis 1,90 Mk., wie es jetzt geschieht. Einige Neuaufnahmen wurden erzielt.

Ebenfalls gut besucht war die Versammlung in Schwachhausen. Auch hier soll seitens unserer Bremer Kollegen in allerhöchster Zeit eine Hausagitation vorgenommen werden, der wir den besten Erfolg wünschen.

Leider nur schwach besucht war die DeLmenhorster Versammlung und doch wäre hier eine regere Beteiligung an der Arbeiterbewegung so dringend notwendig. Niedriger Lohn und lange Arbeitszeit sind auch hier beisammen zu finden.

Geradezu glänzend besucht war in Burgdamm die Versammlung. Sündenlos aus der Umgebung sowie vom Orte selbst waren zahlreich die Besucher herbeigeeilt, Männer und Frauen. Sehr viele Personen versprachen, im Laufe der Woche ihren Beitritt zu vollziehen.

Ebenso prächtig besucht waren die Versammlungen in Barel und Ohefenroth. Nur haben wir es bedauert, daß fast überall so wenig greifbare Erfolge erzielt werden in Gestalt von neuemommenen Mitgliedern. Zwar wurde uns versichert, daß das nie der Fall, es sei das im Volkscharakter begründet, jedoch wirkten die Versammlungen stets nach, man könne es nicht über sich gewinnen der Aufforderung zum Beitritt sofort Folge zu leisten. Es ist das freilich ein recht geringer Trost.

In Braze hatten die Kollegen das Lokal festgemacht, die Raufgittel verbreitet, alles war auf's Beste vorbereitet, da zieht der Wirt das Lokal retour. Der Amtshauptmann hatte dem Wirt bei der Anmeldung gesagt, er könne die Versammlung zwar nicht hindern, wolle aber ihn, den Wirt, für alles verantwortlich, was vorkäme. Das hat dem „tapferen“ Wirt dann heillose Angst gemacht und ihn veranlaßt, auf die Versammlung zu verzichten, wie er sich ausdrückte. Dagegen umgibt dieselbe in der Verberge Stille, in der nicht allzuviel Personen Platz haben. So kommt zu dem zu bekämpfenden Individualismus noch die Politik der Kadeßische seitens der Behörden.

Die letzte Versammlung war in Fordeham. In der gut besuchten Versammlung meldeten sich 30 Personen zum Beitritt. Auf einer Liste, die vorher girtalirte, hatten sich ca. 20 eingetragen, sodas mit 50 Personen eine neue Zahlstelle gegründet werden konnte. Hoffentlich wird dieselbe stehen und gedeihen, damit es in absehbarer Zeit möglich wird, daß die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufge-

bessert werden. Werden doch in dem Kadeßwerk, in dem 500 Personen beschäftigt sind, wovon von 250 bis 3,20 Mk. bezahlt. Den Arbeitern in diesem Betriebe war bisher nur in Folge der endlosen Überarbeit die Gesundheitschädlichkeit gegeben. Vorher hatten im Bau Veranlassungen stattgefunden in Barel, Stade und Radeberg.

Souise Bieg.

Korrespondenzen.

Altona. Eine öffentliche Versammlung tagte am 14. Januar im Salon „Rackstruße“ in Dittensen. Kollege Bieg referierte. Sie verkehrte sich über die allgemeine Lage und die Zoll- und Wirtschaftspolitik. Die letztere, welche die Arbeiter seither schon sehr schwer belastet habe, bringe zukünftig noch eine größere Belastung. Daher sei es unbedingt erforderlich, daß die Kollegen und Kolleginnen sich organisieren, um einen Ausgleich zwischen den gewachsenen und noch wachsenden Ausgaben mit den Einnahmen herbeizuführen. Nach Beendigung des Referats begann eine Besprechung der Arbeitsverhältnisse auf verschiedenen Fabriken. Unter Anderem führte Kollege B. an, daß auf der Spritzfabrik von Wagen, Große Elbstraße 233, nicht einmal eine heizbare Frostkammer vorhanden ist, die Fenster seien zum Teil mit Papier zugestrichelt. Nach Neujahr sei den Arbeitern und Arbeiterinnen ein Reviers zur Unterfertigung vorgelegt, der lautet: Wer des Morgens 5 Minuten zu spät kommt, zahlt 50 Pf. (bisher 30 Pf.), und müssen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zur Strafe des Abends eine halbe Stunde nacharbeiten, natürlich ohne Bezahlung. Nach Schluß der Arbeit warte es, wenn der Meister zu spät kommt, dann müssen die Leute so lange in der Kälte vor dem Thore stehen, bis derselbe angekommen hat. Charakteristisch ist, daß die Männer alle den Reviers unterschrieben haben, wogegen die Frauen und Mädchen sich weigerten, zu unterschreiben. Auch müssen daselbst Frauen und Mädchen Arbeiten verrichten, die eigentlich nur von Männern verrichtet werden sollten: Maggonn beladen, schwere Kisten heben, Kohlen tragen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind der Meinung, daß Herr Bieg von all dem gar nichts weiß, weil er sich selten in der Fabrik sehen läßt. Dieses soll ein Werk des Meisters sein. Zum 3. Punkt, „Beschwerden“, fragt der Kollege B. Bienenhüter an, ob ein Herr W. anwesend sei, von der Stempelfabrik in Bahrenfeld, denn er sei durch einen eingeschriebenen Brief eingeladen worden. Dieser Herr sei auch einer von denen, die das große Wort führten bei den Arbeitern, und die Fabriken, worin sie beschäftigt seien, als Musterbetriebe hinstellen. Der Herr war aber nicht anwesend. Das Arbeitsverhältnis verschiedener Betriebe wurde noch einer Kritik unterzogen. Die Versammlung führte zur Aufnahme von 40 Personen in den Verband.

Biberach. Am Sonntag, den 18. Januar, fand eine Versammlung im Gasthaus „Zum wilden Mann“ statt, welche von den Mitgliedern gut besucht war. Die Abrechnung wurde vorgelegt und für richtig befunden. Als Bevollmächtigte und Revisoren wurden die seitherigen wieder einstimmig in Vorschlag gebracht. Kollege Wörner aus Cannstatt, welcher anwesend war, sprach sodann in längerer Ausführungen über: „Zweck und Nutzen der Organisation“, indem er den Anwesenden alle Vortheile, die ein fester Zusammenschluß in sich birgt, vor Augen führte und die Mitglieder ermahnte, so zuge wie seither an dem Ausbau der Organisation weiterzuarbeiten, damit es mit der Zeit möglich werde, die überaus traurigen Verhältnisse am Orte, besonders bei den Arbeiterinnen zu verbessern. In einer längeren Diskussion wurden hierauf die ängstlich mißlichen Lohnverhältnisse der hiesigen Seidenweberei besprochen. Dort kommt es vor, daß Arbeiterinnen bei zwölf Arbeitstagen 4, 5 und 7 Mk. im Monat verdienen! Oft kommt es vor, daß dieselben Tage lang warten müssen, bis sie wieder weiterarbeiten können, trotzdem genug Arbeit vorhanden ist. Als Tagelöhne werden gewöhnlich 80 Pf. bezahlt. Die Wesperrpause wird ebenfalls nicht eingehalten. Ferner mußte auch von den Kumpfen niemand, was aus den Straßgebern wird, die den Arbeiterinnen abgezogen werden. Da auf Zuzug von auswärts nicht gerechnet werden kann, so wäre hier ohne große Mühe Vieles zu verbessern, wenn die Kolleginnen dafür sorgen, daß wenigstens 1/3 der dort beschäftigten Arbeiterinnen der Organisation zugeführt werden. Daß es auch hier allmählich zu tagen beginnt, bewies eine Versammlung, die am Montag, den 19. Januar, abgehalten wurde. Es waren die Arbeiter von 2 Geschäften eingeladen. Der Besuch war trotz der grimmen Kälte ein guter. Nach dem Referat des Kollegen Wörner ließen sich eine ganze Anzahl aufnehmen.

Dresden. Sonnabend, den 24. Januar, tagte in der „Baubrücke“ zu Witten eine öffentliche Versammlung. Genosse Drescher referierte über: „Die Gewerkschaftsbewegung aller Länder“. Darauf gab Kollege Wadnig den Geschäftsbericht. Der Stand der Mitglieder war am Ende des Jahres 1902 217, das ist gegen das Vorjahr ein Zuwachs von 76. Versammlungen wurden 13 abgehalten, 4 mit Referaten. Bei einer Jahreskassennahme von 1367,96 Mk. verbleibt ein Bestand von 136,71 Mk. Nachdem Redner noch auf die Wichtigkeit der nächsten Sautonferenz anmerklich gemacht, wurde der Kollege Döbel als Delegierter gewählt. — In einer am 25. Januar im „Volkshaus“ tagenden öffentlichen Versammlung referierte Genosse Döbel über: „Japan und seine Arbeiterbewegung“. Redner wies in ganz vorzüglicher Weise nach, wann und wie die ersten Keime der modernen Arbeiterbewegung in Japan einsetzten, und meinte, es ginge überhaupt eine ganze Umgestaltung mit Japan vor; man fange an, Fabriken nach europäischem Muster zu errichten, Reformen einzuführen und die Wissenschaft zu fördern. Dabei hat auch der Sozialismus seinen Einzug in Japan gehalten. Ein junger Japaner gründete die erste Zeitung für das Volk, sie wurde bald verboten. Aber trotz aller Schwierigkeiten kommt auch dort die Arbeiterbewegung vorwärts.

Chrenfeld. Am 24. Januar referierte Kollege Ditt über: „Die Arbeitsverträge nach den neueren Gesetzbestimmungen“. Nach dem Vortrag ließen sich einige Kollegen aufnehmen. In der Diskussion wurde die Bormahme von Beschäftigungszugungen zum Zwecke der Agitation für den Verband angeregt.

Frankenthal. Die Zuckerfabrik Frankenthal, Inhaberin der Zuckerfabriken Friedensau und Gernsheim, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 2.227.096 Mk. Die Dividende wurde ebenso wie im Vorjahre auf 25 Prozent festgesetzt. Der diesjährig erzielte Reingewinn und die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent veranlaßt den Arbeiterpartei und pfälzischen Bundesausschuß Max Tremler, in seinem Bundesorgan die Rübenbauern (scharf) zu mahnen gegen die Zuckerprogen, deren Agenten im vorigen Jahre den Preis pro Zentner Zuckerrüben auf 80 Pf. herabgedrückt hätten mit der Begründung, mehr zu zahlen sei im Anbetracht der wirtschaftlichen Lage ihrer Zuchtstätten unmöglich. Ferner sei es für eine solche Fabrik nicht gut, wenn sie angefaßt derartiger Millionengewinne durch ihre Agenten dem Arbeiter sein keine Christen ringenden Rübenbauern das höchste Verdienst noch schmälern läßt. Die Summe der Erbitterung in landwirtschaftlichen Kreisen, welche durch alle gezeigte Barmherzigkeit geradezu gewaltig gestiegen ist, muß sich eines Tages nach irgend einer Richtung hin entladen, und es ist geradezu eine Farce auf alles und jedes politische Verhältniß, wenn Zuckerfabriken und Hauptaktionäre solcher Fabriken auf die Arbeiter auf die Dörfer der Rübenbauern hinausfahren, um für sich und ihre Partei Stimmen zu werben.

Die Rübenbauern der Pfalz, denken wir, sollten nun endlich durch Schaden klug geworden sein und merken, daß im Frankenthaler Hühner nur die Industrie ihre Pfaffen schneidet, die Landwirtschaft aber sehr ausreißt. — In ihren Ansprüchen gleichen sich die Agrarier allerwärts. Sie „gehen leer aus“ und wenn ihnen mit Schiefen zugewandt wird. Dagegen ist es aber allen Zweifel erhaben, daß die Arbeiter in den Zuckerfabriken höchst unzulänglich bezahlt und auch in der Beschäftigung des Arbeitsrechts geübert werden.

Preßnitz a. d. Ober. Am 25. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Bernow aus Niddorf referierte über das Thema: „Die Gewerkschaften einst und jetzt.“ Redner schilderte die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung und deren Bekämpfung durch Unternehmer, Vereinsgesetz, richterliche Ermahnungen u. dgl. Die von den Unternehmern angewendeten Mittel waren nicht immer die besten. In der Diskussion wurden die Verhältnisse in der Umgebung geschildert. Dem Gasten v. Saale sind ca. 50 Morgen Parzellen eingestrichen. An den Arbeitskräften lag es nicht, solche sind immer zu haben, wenn sie nur einigermaßen bezahlt werden. Ein anderer Grundbesitzer will lieber die Parzellen in der Miete verkaufen lassen, als daß er sie zu einem niedrigeren Preise verkauft. Diesen Grundbesitzern muß natürlich Staatshilfe werden, während die Arbeiter, die sich organisieren, Steuern in den Weg gelegt erhalten. Es ließen sich 35 Kollegen aufnehmen.

Damburg-St. Georg. In der am 14. Januar 1903 tagenden Mitgliederversammlung hielt Genosse Große einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Ortskrankenkassen. Beim Debattieren des Kartellvertrages wird gerügt, daß das Kartell uns nicht anderen Organisationen gleichwertig einschätzt. Bei Besetzung von Leitern in der „Produktion“ will ein Kollege eine derartige Zurücksetzung „merkt haben“. Es wird beschlossen, den Kollegen Bäckle, der Mitglied des Ausschusses der Produktion ist, zu beauftragen, dort zur Sprache zu bringen, daß die Mitglieder des Kartells- und Transportarbeiterverbandes nicht den Vorzug vor den Fabrikarbeitern haben sollen, wenn der Produktion zu begleiten.

Hannover. Den Arbeitern der Continental-Gaout-Haus- und Guttapercha-Comp. im Neijensaal II, Motorabteilung, wurde noch, wenn auch etwas verspätet, eine Besuchsbesprechung zu Teil und zwar in Gestalt einer Lohnerebaltung. Die bisher gezahlten Akkordsätze sind von 2,50 und 2 Mark auf 1,20 Mark, die von 1,30 Mark auf 70 Pf. und die von 70 Pf. auf 40 Pf. herabgesetzt. Demerkt werden muß, daß zur Zeitstellung der Meilen ein vereinfachtes Verfahren versucht werden soll, wobei die betreffenden Arbeiter auch bei den niedrigeren Akkordsätzen noch denselben Verdienst haben sollen. So ist es ihnen wenigstens vorgerechnet worden. Die Arbeiter müssen aber sehr genau, daß sie bei diesen Lohnsätzen den früheren Lohn nicht verdienen können; sie beschwerten aber auch, daß nach einigen Versuchswochen wieder die alte Herstellungsweise angewandt wird und daß dann die ermittelten Lohnsätze weiter bestehen bleiben. In den letzten Wochen vor Weihnachten ist in dieser Abteilung 14 bis 15 Stunden täglich gearbeitet worden und sind die betreffenden Arbeiter nicht nur von den Meistern und Vorarbeitern, sondern auch von älteren Mitarbeitern in einer Weise angetrieben, daß die höchste Leistungsfähigkeit herausgepreßt werden ist. Als Arbeiter hat sich vor allem der Arbeiter Jos. R. ausgezeichnet. Wenn nun bei dieser 14-15stündigen Arbeitszeit etwas mehr Lohn verdient werden ist, so kann doch jedenfalls dieser Wochenverdienst nicht als normal und als Grundlage für Lohnherabsetzungen angenommen werden. Vielleicht ist der Grund für Lohnherabsetzungen auch darin zu suchen, daß ein bisheriger Kolonnenführer zum Vorarbeiter ernannt werden soll und die Meistertöchter für den betreffenden werden dann gedeckt werden können. Dieser Kolonnenführer hat sich ja auch sehr verdient gemacht, seine Mitarbeiter haben Jahre lang für ihn mitarbeiten müssen, weil er seinen Lohn von dem erhielt, was von der ganzen Kolonne verdient wurde. Außerdem bekam er noch eine Extravergütung. Daraus bildete er sich mehr ein als der Meister selbst. Eine Fabrik, welche mit enormen Verdiensten arbeitet — sie zahlt 45 Prozent Dividende — hat nicht nötig, die Löhne so niedrig zu setzen, daß die Arbeiter erst durch lange Überarbeit einen einigermaßen annehmbaren Verdienst erzielen. Die Firma stellt ihrem ersten Lohnarbeiter, dem Direktor, sogar ein Automobil zur Benutzung und macht für alle möglichen Dinge ganz erhebliche Aufwendungen, so unter Anderem zeichnete sie für Gehaltsabgaben für das 14. deutsche Bundesstücken, das im Sommer hier stattfinden wird, den Betrag von 600 Mark.

Heilbronn. Am Sonnabend, den 24. Januar, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Wörner aus Cannstatt das Referat übernommen hatte. Der Besuch war den Verhältnissen entsprechend ein guter und ließen sich auch 7 Kollegen aufnehmen; ferner steht noch eine ganze Anzahl Aufnahmen in sicherer Aussicht. Allgemein wurde die große Mitherseloffigkeit der hiesigen Arbeiterkraft beklagt; sind doch rund 4000 Fabrikarbeiter in Heilbronn beschäftigt, ebenso 2000 Arbeiterinnen. Die Lohnverhältnisse sind derart schlecht, daß es ihnen oft wüßten muß, wie damit in einer Stadt wie Heilbronn, wo die Lebensmittel- und Mietpreise so hohe sind, ein Familienvater leben kann. Hier ist Verbesserung dringend notwendig. — In der am Sonntag, den 25. Januar, abgehaltenen Versammlung der Jahreshelle wurde denn auch die in nächster Zeit zu unternehmende Agitation eingehend erörtert und als die vortheilhafteste eine solche von Betrieb zu Betrieb empfohlen. Der Bauvorstand, welcher anwesend war, erjuchte die Mitglieder, ihn in dieser Arbeit zu unterstützen. Der Geist in dieser Versammlung war ein guter, so daß zu hoffen ist, daß es in nächster Zeit einen tüchtigen Schritt vorwärts geht, zumal die Stellung wieder in guten Händen liegt. Ein großes Agitationsfeld ist hier am Orte, thue deshalb jeder seine Pflicht, und es blüht der Erfolg!

Köln a. Rh. In der Mitglieder-Versammlung am 21. Januar 1903 hielt unser Verbandskollege Josef Bränel, der, nebenbei bemerkt, vollständig erblindet ist, einen sehr instruktiven und lehrreichen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Der Referent wies nach, die jetzt reich anwesenden Mitglieder zu reger Anteilnahme an der Agitation zu begeistern. Mehrere Personen meldeten sich zur Aufnahme in den Verband. Unter „Beschwerden“ wurde beschlossen, unsere Mitglieder-Versammlungen wieder jeden Mittwoch abzuhalten.

Ruppertsberg. Am 23. Januar referierte Kollege Götting, Chrenfeld, über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Es ließen sich 34 Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Gründung einer Jahreshelle ist hier sehr schwierig, weil die Kollegen, welche irgend einen Posten übernehmen würden, von der Leitung der Fabrikfabriken sofort die Entlassung erhalten würden. Die Gründung ist auch in Folge des hohen Maßes der Arbeiter erschwert, denn alle reisen nach kurzer Zeit wieder weg.

Neckar-Gartach. Am Sonntag, den 25. Januar, Abends 5 Uhr, tagte hier eine öffentliche Versammlung beim Kollegen Jeler, „Zur Hiesigkeit“. Als Referent war Bauvorstand Bränel aus Cannstatt erschienen. Der Besuch hätte im Anbetracht der günstigen Zeit ein besserer sein können, doch war es möglich, eine Anzahl Aufnahmen vorzunehmen. Die Zahlstelle, welche eine gute Leistung befiel, berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die Zustände in dem für uns in erster Linie in Frage kommenden Betriebe, der auf Neckar-Gartach der Gemartung liegenden Gemartung Fabrik „Waldgelegen“, sind äußerst mißliche. Ein Familienystem ist dort vorhanden, das die schlimmsten Nachteile in Bezug auf die Gesundheit für die

Das bestmögliche Arbeiter in sich birgt. Hier nur ein Beispiel: Das Schlagen der Steine wurde voriges Jahr von zwei Arbeitern besorgt, welche pro Tag 5-6 Wagen leerten und schlugen; jetzt ist es durch das die Arbeiter immer mehr anstrengende Brämiensystem so weit gekommen, daß ein jüngerer Arbeiter allein vier Wagen Steine leert und schlägt. Dadurch sind die älteren Arbeiter gezwungen, das Schlägen zu leisten, wenn sie nicht als Faulenzer gelten wollen, und müssen öfter die Wespertagen dazu verwenden, um nur ein wenig das gleiche Quantum Arbeit zu leisten. Nicht genug mit dieser Steigerung der Arbeitsleistung, man ist so weit gegangen, für das Beeten und Schlagen des fünften Wagens eine Prämie von 50 Pf. zu bezahlen. Ein derartiges System, durch welches der Arbeiter gezwungen wird, seine letzten Kräfte aus dem Körper herauszuholen, ist das verwerflichste Mittel, welches sich denken läßt und welches angewandt wird, um die Arbeiter bis auf die Knochen auszuheulen. Die Arbeiter in diesem Betriebe hätten alle Ursache, über derartige Zustände und ihre Folgen in ihrem eigenen Interesse nachzudenken, sich zusammenzuschließen und auf Abschaffung derartiger Mißstände hinzuwirken. Nirgends ist es so gut möglich, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, wie in diesem Betriebe, da auch nicht einen Tag der Betrieb stillstehen darf, sollen nicht Arbeitsverluste entstehen. Deshalb, Kollegen, schließt Euch unserm Verbande an, kämpft mit uns für eine Besserung unserer Lebenslage.

Neumünster. Sonntag, den 19. Januar, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Frau Jeth-Hamburg über die Krise und die Gewerkschaften sprach. Rednerin betonte, daß in Zeiten des Wirtschaftsniederganges die Gewerkschaften zu arbeiten haben, um neue Mitglieder zu gewinnen, sich materiell zu kräftigen, damit sie, wenn die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges wieder einsetzt, gerüstet sind, um ihre Verhältnisse verbessern zu können. An unsere finanzielle Leistungsfähigkeit werden stets höhere Anforderungen gestellt, die indirekten Ausgaben steigen, die Lebenshaltung ist vertheuert, die Einkommen der Arbeiter sind in den letzten zwei Jahren niedriger und auch unregelmäßiger geworden. Da sei der Anschluß an die Organisation absolut notwendig. Der Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, kamen 32 Kollegen nach. Im Schlusswort kam die Kollegin auf die Reden des deutschen Kaisers zu sprechen. Das höchste zu einem Wortgespräch mit dem überwachenden Beamten, der dann die Versammlung auflöste.

Schönebeck. In Nummer 2 des „Proletarier“ berichteten wir über Maßnahmen, die von der Leitung der Chemischen Fabrik „Germania“ dahier getroffen worden sind, um die Löhne der Kollegen bedeutend herabzusetzen zu können. Herr Dr. Fickert, der Betriebsleiter, der den von sozialökonomischer Weisheit geradezu tiefendehnten Ausdruck gethan: „Ein Lohn von 2,70 Mark sein ausreichend für die Arbeiter“, scheint nun den Beweis erbringen zu wollen, daß er gegen den Verbot, etwas von der Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation des griffen und verstanden zu haben, aufs Sicherste gefestigt ist. Er hat den Kollegen Dannehl, langjährigen Bevollmächtigten unserer Zahlstelle, entlassen. Da der Kollege jahrelang auf der Fabrik thätig war, so steht es fest, daß er seinen Pflichten als Arbeiter in jeder Weise nachgekommen ist. Etwas Anderes konnte auch der Meister nicht sagen. Er meinte: „Ich weiß nicht, warum Sie entlassen sind, ich bin mit Ihnen zufrieden gewesen.“ Daß der Kollege in irgend einer Weise, den an ihn zu stellenden Anforderungen als Arbeiter nicht nachgekommen wäre, vermag auch der Direktor Fickert nicht zu behaupten, das beweist die von ihm auf die Frage nach dem Grund der Entlassung gegebene Antwort: „Wir sind nicht verpflichtet, Ihnen dies zu sagen, wer uns nicht ansteht, wird gelündigt.“ Eine solche Antwort läßt den wahren Grund der Entlassung deutlich erkennen. Die Verbandszugehörigkeit, das Wirken für den Verband ist der Grund der Entlassung.

Der Herr Fickert glaubt mit der Entlassung dem von ihm geleiteten Werk einen Dienst erwiesen zu haben. Er meint, wenn er den „Agitator“ entläßt, wird er auch die Organisation, resp. deren Mitglieder von seiner Fabrik los. Darin irrt er gewaltig, vielmehr sind alle seine Maßnahmen, die Lohnreduzierungen und die Entlassungen, die deshalb vorgenommen werden, weil die Arbeiter eine andere Bestimmung auf sozial-politischem Gebiete begehren als wie der Herr Direktor, nur geeignet, die Anzahl der organisierten Arbeiter zu vermehren. Auf der Fabrik wird die Zahl unserer Mitglieder trotz aller Bestimmungshindernisse und Nachtheile zunehmen. Ob aber die Organisation auch in Zukunft ihre Maßnahmen gegen Kenderungen im Arbeitsverhältnisse ebenso ruhig, besonnen und gelassen vornehmen werden, wie seither, wo der Leiter der Zahlstelle ihr Mitarbeiter war, das steht auf einem anderen Blatt. Wäre der Kollege Dannehl nicht auf „Germania“ beschäftigt gewesen, dann wäre diese wegen der immer und immer gemachten Verluste, die Löhne zu drücken, von einem Ausstande nicht verschont geblieben. Nur dessen Eingreifen nach beiden Seiten hin, indem er bei der Direktion Vorstellungen machte auf Zurücknahme der Lohnreduzierungen, und bei seinen Mitarbeitern beruhigend wirkte, damit sie das Resultat solcher Vorstellungen erst abwarteten, bevor sie die Arbeit verweigerten, hat Aufstände auf „Germania“ verhindert. In einem letzten Augenblicke scheint die Leitung des Betriebes auch volles Verständnis für diese Wirksamkeit gehabt zu haben; das war zur Zeit, als sie das Versprechen gab, Maßregelungen nicht vorzunehmen.

Daß dieses gegebene Versprechen gebrochen werden darf, ist ja zum Theil mit geschuldet dem Verhalten der Arbeiter gegenüber der Organisation. Aber dieses Verhalten wird nicht hindern, daß wiederum Situationen eintreten werden, in denen die Arbeiter elementar sich der erlittenen Unbill entziehen und auf ihre Weise sich Genugthuung verschaffen wollen. Geht dann der besonnene Führer, dann wird die Arbeit niedergelegt. In der ersten Selbstsanktion, im Aetzer und der Erregung greifen sehr oft die Arbeiter zu dieser Waffe. Im Interesse der Fabrik liegt es aber ganz bestimmt nicht, wenn sich in Zukunft die Regelung von Differenzen auf diese Weise vollziehen sollte. Geschieht es, dann verjüngt es die Fabrikleitung, die ja auch die höchste Garantie bietet, daß ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ eine ständig sprudelnde Quelle der Unzufriedenheit und Differenzen bildet.

Ganz vortheilhaft bewährten sich aber die Organisationen durch ihre ruhige und dadurch meist erfolgreiche Leitung von Arbeiterbewegungen wegen Befreiung der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Löhne. Sie haben ein ziemlich sicheres Gefühl dafür, welche Forderungen der Arbeiter nach der ganzen Lage der Verhältnisse durchführbar sind und voranzutreiben. In Hannover, namentlich auch in schwierigen Zeiten, festgehalten werden können. Sie verschmähen unter Umständen auch keine Kompromisse mit nur geringen Erfolgen und zeigen sich in klarer Weise allen doch nur auf den Schein berechneten Augenblickefolgen abgewandt.

So enthält ein badischer Fabrikinspektor über die Thätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen. Von dem Leiter einer Fabrik auch nur eine ähnliche Stellungnahme zu erwarten, wäre wünschlich. Wenn jetzt sein soll, daß die Weisheit der modernen Fabrikleitung zur Leitung der ihnen unterstellten Betriebe sich umgibt, dann ist es ein Zeichen, wie der Satz zum Beweise dienen kann.

Schöningen. Nach einer Stunde hat — Unterabermacht, das wurde Herr Schäfer erfahren, der in seiner Respektivität, in welcher aus Stunden des Geschäftsganges 8 Stunden ge-

arbeitet wird, einen Anschlag hatte anbringen lassen, daß wer von jetzt ab während der Arbeitszeit beim Essen betreten wird, mit einer höheren Strafe belegt oder sofort entlassen werden soll. Die Arbeiter, die alle organisiert waren, 30 beim Metallarbeiterverband, 20 bei uns, veranstalteten eine Besprechung und sandten eine Kommission nach der Werkleitung, um eine bessere Behandlung und die Gewährung einer viertelstündigen Frühstückspause zu fordern, die Viertelstunde wollten sie Abends länger arbeiten. Die Fabrikleitung lehnte Alles ab. Darauf stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Nach Verlauf von 24 Stunden war der „Tagesbefehl“ zurückgezogen und die Forderung bewilligt.

Wandebel. In der Mitgliederversammlung vom 14. Januar wurde das Abbleiben der Kollegen Martens, Schuhmacher und Meier bekannt gegeben und deren Andenken in üblicher Weise geehrt. Hierauf erhielt Giffing das Wort, welcher als Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Ausbeutung des Volkes durch den Lebensmittel- und Mithewucher im Gegensatz zur Arbeitsentlohnung“ erschienen war. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise, wofür ihm reichlich Beifall gesendet wurde. Sodann wurde vom zweiten Bevollmächtigten die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen, worauf demselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt wurde. Betreffs des Lokales zum Sommervergnügen wurde die Kommission beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Büschow. Am Sonntag, den 18. Januar, hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Prediger Schützenhaus ab, in welcher Genosse Faber-Stettin einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Terrorismus und Gewaltthätigkeit“ hielt. Redner legte in längerer Ausführungen dar, wie die besitzende und herrschende Klasse es seit jeher verstanden habe, die wirtschaftlich Schwächeren zu terrorisieren. Redner erörterte eingehend den Begriff Terrorismus und erklärte, daß ein solcher nur da geübt werden könne, wo Stärke und Schwäche sich gegenüber ständen. So sei auch die gesamte Gesetzgebung der Ausübung der Macht, also in bestimmter Beziehung ein gewisser Terrorismus, angewendet gegen diejenigen, die sich in der Minderheit befinden. Auch unser geltendes Recht sei als Erfolg dieser politischen Macht aufzufassen. Auf die Staatenbildung im Alterthum und in neuer Zeit eingegangen, besprach auch Herr Faber-Stettin die Verhältnisse, wo der Terrorismus im Interesse des Staates, nicht des Volkes, vom Staate selbst ausgeübt wurde. Die Macht des Staates, sowie die Macht der herrschenden Gesellschaftsklassen verleihe naturgemäß diese zur Anwendung des Terrorismus, sobald die politisch und wirtschaftlich Schwächeren in Bezug auf die Erlangung der politischen Macht sich thätig zeigen. Es sei deshalb zu wünschen, wenn die Gegner der Arbeiter immer von Terrorismus der organisierten Arbeiter felsen, da die Gesellschaft den stärksten Terrorismus selbst anwende. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es auch, sich seiner Organisation anzuschließen. Und dann müsse und werde es besser werden, dann werde der jetzt die Arbeiter treffende Terrorismus verschwinden. Einem erkrankten Kollegen wurden 10 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

Berichtigung. Die Expedition der „Altenburger Volkszeitung“ sendet uns die Nr. 24 dieser Zeitung zu. Darin wird der von uns verfaßte, in Nr. 2 des „Proletarier“ erschienene Artikel über: „Arbeiterverhältnisse der Aktiengesellschaft Chromo“ als nicht den Thatfachen entsprechende bezeichnet. Wir entnehmen aus der Nichtigstellung der „Altenburger Volkszeitung“ aber nur, daß wir in Bezug auf drei Punkte unrichtige Darstellungen gegeben haben. Daß für die Arbeiter an den Streichmaschinen die durchgehende Arbeitszeit eingeführt ist, ohne Frühstückspause und Wespertage und ohne 15 Minuten Mittagszeit, entspricht den Thatfachen; daß den übrigen Arbeitern durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein Lohnausfall für zwei Stunden erwächst, entspricht den Thatfachen. Daß ein solcher Lohnausfall und eine durchgehende Arbeitszeit im Interesse der Arbeiter liegt, entspricht allerdings nicht den Thatfachen, ist aber auch nicht von uns behauptet worden. Dagegen berichten wir gern, daß die übrigen Arbeiter je eine Viertelstunde Frühstückspause und Wespertage und eine Mittagspause haben, und daß die Mehrzahl der Mittagsstunde nicht 5 Pfennige, sondern die Hälfte des Stundenlohns beträgt. Fügen wir noch hinzu, daß den an den Streichmaschinen beschäftigten Kollegen Gelegenheit gegeben ist, ihr Mittagessen sitzend einzunehmen, dann sind wir mit der Berichtigung zu Ende. In ihre Berichtigung knüpft die „Altenburger Volkszeitung“ folgende Bemerkung: „Wir begreifen nicht, wie es Arbeiter fertig bringen können, derartige handgreifliche Unwahrheiten aufzustellen. Es ist entschieden nicht nobel, in dieser Weise zu kämpfen, und wir unsererseits werden dafür Sorge tragen, daß einer derartigen Berichterstattung mit aller Schärfe entgegengetreten wird.“ Der Verfasser sind wir. Wir sind in diesem Falle ein einziges Mal von dem Brauche abgegangen, Angaben eines Kollegen zu bearbeiten, der uns weder persönlich bekannt, noch auch Mitglied der Altenburger Zahlstellenleitung war. Bei letzterer erst anzufragen, unterließen wir aus Mangel an Zeit und in der Annahme, deren Mitglieder könnten aus eigener Wissenschaft doch nichts berichten. Die Folgen des Zornes unseres Altenburger Parteiorgans werden wir mit Ergebung zu tragen wissen. Gegen den Vorwurf, eine unnobele Kampfweise zu führen, wissen wir uns gefeit.

• 2. Red.

Das Protokoll des 6. ordentlichen Verbandstages in Offenbach

ist noch in einer Anzahl von Exemplaren vorrätig, welche zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar portofrei den Bestellern zugesandt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied die Verbandstagsbeschlüsse kennen lernt.

Bestellungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

August Brey,
Hannover, Schillerstraße 5, 2. Et.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 21. Januar folgende Beträge ein:

Hannover 17,82, Hildesheim 111,25, Alfeld 36,45, Berlin 15,65, Hannover N.-Ost. 82,94, Götting 38,26, Braunschweig 2,15, Wolfenbüttel 41,70, Goswig 26,70, Bielefeld 38,70, Aulhausen 86,15, Einingen 29,10, Schöningen 70,70, Dransburg 104,25, Delmenhorst 251,91, Potsdam 111,45.

Hilthen 43,12, Harburg 1715,58, München 818,40, Offenbach 395,58, Neustadt i. S. 6,30, Weiten 585,25, Calbe 162,31, Babel i. D. 54,43, Gulum 43,25, Erbenheim 28,75, Witter 23,12, Warne 25,40, Wobsl 14,05, Binneberg 144,17, Grepin 30,40, Gienburg 238,75, Bouterbach 21,40, Klein-Krotenburg 26,60, Culin 113,60, Heidenau 88,50, Döha 19,23, Döha 403,19, Medargartag 56,20, Düsselhof 52,37, Götting 4, —, Gaderleben 95,55, Althain 91,95, Oppau 21,90, Hirschberg 6,70, Osterwieck 168,09, Dieber 32,25, G.-Götting 28,55, Potsdam 100, —, Döggersheim 82,95, Seeligenstadt 39,15, Halle Nord 115, —, Gagen 1,25, Dresden 241,55, Juffenhausen 35,07, Warstein 55,10, Freiburg 5,80, Wandebel 882,45, Braunshweig 1,66, Renfeld 383,35, Götting 128,85, Götting 34,60, Ammendorf 57,80, Ruppberg 42,85, Naumburg a. S. 33,25, Köpen 44,35, Hannover N.-Ost. 241, —, Dyrbruf 79,35, Ludwigshafen 532,59, Hildesheim 150,55, Pörey 34,60, Berlin 451,31, Staßfurt 141,40, Thale 97,55, Götting 168,45, Löhne 12,80, Köpen 44,35, Hof 25,40, Osneu 4,80, Schwab.-Hall 4,80, Kaplan 25,95, Weisenau 83,40, Gienburg 28,40, Brak 31,65, Siegau 29,65, Burgdamm 12,10, Ober-Schönweide 1, —, Bangerbielau —, 10, Schneidheim —, 50, Köpen 1, —, Schenkheim —, 10, Wöhrleben 142,55, Hildesheim 57,32, Ehrenfeld 52,10, Einzelmitglieder 58,28.

Schluss: Dienstag, den 3. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 22. Ausgestellt für Fritz Klein zu Rendsburg am 17. Juli 1897.

Nr. 12 668. Ausgestellt für Sachtleben am 6. Dezember 1896 in Gildes.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Gau IX. (Sitz Köpen.) Vorsitzender: Emil Pleger in Roggen bei Köpen. Kassirer: Gust. Müller, Kartuschstraße 14.

Gau XII. (Sitz München.) Jos. Staimer, Karolinenstraße 3/0, Vorsitzender. Karl Bauer, Kassirer, Herzogstr. 25/1.

Gau XVI. (Sitz Köpen-Götting.) Kassirer: Gaste, Köpen, Donnerstraße 11.

Hildesheim. Auszahlung des Reisegehaltes von Mittags 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr bei Kollege Emil Mohrenstein, 5. Querstraße Nr. 366.

Verenburg. Friedrich Voigt, Wasserthurnstraße 30. Reisegehalt bei Karl Schinte, Restaurant „Thüringer Hof“, Schulstraße 17.

Eberwalde. Louis Splittgerber.

Verenburg. Wilh. Rath, Dom 4 II.

Wiesburg. Vertrauensmann Albert Müller, 128.

Köpen. (Gau 8.) Paul Ritter, Alter Markt 61.

Selmsdorf. J. Liedge.

Briefkasten.

Ch., Gumbinnen. Durch Berichte, die von der Wahl eines Schriftführers, von „Verfälschung“ und von der Quartalsabrechnung handeln, kommen die Mitglieder dort nicht zum „Verständnis“. „Verbessern“ kann man solche Berichte nicht, weil sie nach dem Beschluß des letzten Verbandstages überhaupt nicht gebracht werden dürfen.

N. in Weisenfeld. Es stimmt, Ihr habt auch Abrechnung gefandt.

Grüß

August Brey.

Inserate.

Zahlstelle Barmbeck.

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Max Klupp, Diederichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen.

1,35 Mk.]

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Heilbronn.

Unsere nächste Mitglieder-Versammlung tagt am Sonnabend, den 14. Februar, im Lokale zur „Stadt Frankfurt“. Von da ab alle 3 Wochen. Pünktliches Erscheinen erwarten 90 Pf.]

Die Bevollmächtigten.

Hemingsdorf a. S.

Sonntag, den 8. Februar: Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Die Gewerkschaften einst und jetzt und die Aufgaben der Arbeiter. [1,05 Mk]

Der Gläubiger.

Zahlstelle Köln.

Nach Versammlungsbeschluss vom 21. Januar tagen die Mitglieder-Versammlungen alle 8 Tage bei von d. Seyden, Severinstraße 2. [75 Pf.]

Zahlstelle Magdeburg.

Unser VI. Stiftungsfest findet am 14. Februar in den Räumen des „Boulevardparks“ statt. Alle umliegenden Zahlstellen sind hierzu eingeladen. [90 Pf.]

Das Komitee.

Zahlstelle Osterwieck.

Den Kollegen hiermit zur Kenntniss, daß unsere Mitglieder-Versammlungen

jeden 3. Sonntagabend im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rob. Gmecke, Rathsgarten, stattfinden. Nächste Versammlung Sonntagabend, den 21. Februar. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Schneidheim i. S.

Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Gasthaus „Zur Linde“ bei Herrn Joh. Gottschalk. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen [90 Pf.]

Die Bevollmächtigten.